

Armin Laschet im Redaktionsgespräch

# CDU-Landeschef warnt vor Rot-Rot-Grün

Von unserem Redaktionsmitglied RALF OSTERMANN

**Kreis Gütersloh / Kreis Warendorf (gl).** Für CDU-Landeschef Armin Laschet ist ein schwarz-gelber Wahlsieg bei der Bundestagswahl am 22. September alles andere als eine Selbstverständlichkeit. In den jüngsten Umfragen sei die Mehrheit für ein bürgerlich-liberales Bündnis immer knapp gewesen, zumal man stets statistische Ungenauigkeiten einkalkulieren müsse.



sich überzeugt, dass die SPD eine große Koalition nur eingehen würde, „um bald die Sollbruchstelle zu definieren und dann doch Rot-Rot-Grün zu machen“. Dennoch hält der Christdemokrat nichts von einer erneuten Rote-Socken-Kampagne. Damit schreke man die Leute nicht mehr.

Auch Schwarz-Grün ist für den früheren NRW-Integrationsminister keine echte Alternative. Zwar habe er viele Freunde bei den Grünen, aber das Wahlprogramm der Ökopartei verwundere ihn. „Die Grünen stehen weiter links als früher“, sagte der Aachener mit Blick auf das Steuererhöhungskonzept der Partei.

„Es kommt darauf an, wie die Parteien ihre Wähler mobilisieren“, sagte der Stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende gestern beim Redaktionsgespräch, zu dem ihn „Glocke“-Chefredakteur und Geschäftsführer Fried Gehring auch im Namen des Geschäftsführers Dirk Holterdorf begrüßt hatte.

Laschet riet dazu, die Gefahr eines rot-rot-grünen Bündnisses ernstzunehmen: „Darüber wird in politischen Kreisen zunehmend geredet“, sagte der 52-Jährige. Wohl auch, weil nach Beobachtung des CDU-Landeschefs viele Sozialdemokraten einer möglichen großen Koalition skeptisch gegenüber stehen. Ein Bündnis der beiden großen Parteien „wolle eigentlich keiner“. Laschet zeigte

Dagegen seien die Streitpunkte mit der FDP – Soli-Zuschlag – und der CSU – Pkw-Maut – fast zu vernachlässigen. „Über beides wird man sich in Koalitionsverhandlungen einigen können.“

Von Bedeutung für den Wahlausgang im Bund ist nach Überzeugung Laschets auch die weitere Entwicklung in Syrien. Nach seiner Einschätzung kann „die Syrien-Frage der Bundesregierung helfen, aber auch zu Unsicherheiten führen“. Der CDU-Politiker kritisierte in diesem Zusammenhang die salafistische Opposition in dem arabischen Land, die Christen bedrohe und vertreibe.



**Gedankenaustausch im Newsroom der „Glocke“ in Oelde:** „Glocke“-Chefredakteur und -Geschäftsführer Fried Gehring, der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet – hier im Gespräch mit der Redakteurin Nicolette Bredenhöller – André Kuper, kommunalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, die Redakteure Ralf Ostermann und Thorsten Bothe sowie der Stellv. Chefredakteur Dirk Baldus (v. l.) diskutierten über landes- und bundespolitische Fragen.

## Gemeindefinanzen: Bund in der Pflicht

Von unserem Redaktionsmitglied DIRK BALDUS

**Kreis Gütersloh / Kreis Warendorf (gl).** Der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet und André Kuper, Landtagsabgeordneter aus Rietberg und kommunalpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, sind sich einig: Dass einige wenige gut gestellte Kommunen in NRW künftig finanzschwache Städte und Gemeinden über einen sogenannten Kommunal-Soli unterstützen sollen, ist für sie eine Ungerechtigkeit.

„Es kann nicht sein, dass Städte mit einer soliden Finanzlage

für ihre gute Arbeit bestraft werden“, sagte Kuper im Gespräch mit der „Glocke“ und kritisierte damit den Vorstoß des NRW-Innenministers Ralf Jäger (SPD).

Im Land und im Bund müsse dringend über die künftigen Aufgaben der Kommunen nachgedacht werden, forderten Laschet und Kuper. Die Ehrenämter in den Räten, betonte Laschet, stünden mit dem Rücken zur Wand. „Sie kommen immer mehr in die schwierige Situation, dass sie aufgrund der Haushaltslage die Zuschüsse an Vereine und Verbände streichen müssen“, ergänzte Kuper, der bis zur Landtags-

wahl 2012 Bürgermeister der Stadt Rietberg war.

Die von der Bundesregierung beschlossene Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung war laut Laschet ein guter Anfang. Die 24 Milliarden Euro, die der Bund in der vergangenen Legislaturperiode für diese Aufgabe übernommen habe, gelten als wichtiges Signal. Dabei dürfe es jedoch nicht bleiben. Der CDU-Landesvorsitzende: „Der Bund muss den Kommunen weiter helfen. Es kann nicht sein, dass die Städte und Gemeinden die Last des demografischen Wandels allein tragen.“

### Zur Person

□ **Armin Laschet**, am 18. Februar 1961 in Aachen geboren, ist verheiratet und hat drei Kinder. Der studierte Rechts- und Staatswissenschaftler arbeitete jahrelang journalistisch, unter anderem von 1991 bis 1995 als Chefredakteur der KirchenZeitung Aachen.

□ **Politik:** In die CDU trat Laschet 1979 ein. 1994 bis 1998 saß er im Bundestag, 1999 bis 2005 im Europaparlament. Anschließend war er bis 2010 NRW-Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Seit 2012 ist er Chef der NRW-CDU und Stellvertretender Vorsitzender der Bundespartei.



**Armin Laschet**, Vorsitzender des CDU-Landesverbandes NRW, forderte im Gespräch eine Stärkung der Kommunen.

## Familienplitting ist gerecht

Von unserem Redaktionsmitglied THORSTEN BOTHE

**Kreis Gütersloh / Kreis Warendorf (gl).** Das von der CDU gewünschte Familienplitting, bei dem der Steuerfreibetrag für jedes Kind auf das Niveau des Erwachsenen-Freibetrags angehoben wird, ist für den Stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Armin Laschet ein Stück Steuergerechtigkeit. Damit reagierte er auf Kritik des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, wonach das Konzept Milliarden koste und Beserverdiener bevorzuge. Beim Fa-

miliensplitting würden jedoch nicht Wohlhabendere mit Ärmere verglichen, sondern Menschen mit Kindern und ohne Kinder.

„Unser Steuersystem ist noch nicht familienfreundlich genug“, verdeutlichte der dreifache Vater. Dabei erleichtere finanzielle Hilfe jungen Paaren die Entscheidung, Nachwuchs zu bekommen. „Und der Schritt zum ersten Kind ist schwieriger als der zum zweiten und dritten.“ Ebenso wichtig seien gute Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige. Frankreich biete diese und habe seit Jahrzehnten ein Familienplitting im Steuersystem

verankert – dort liege die Geburtenrate bei etwa zwei Kindern je Frau, während es in Deutschland nur 1,4 seien.

Laschet verwies darauf, dass es 2005 bei seinem Amtsantritt als NRW-Familienminister landesweit nur 11 000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige gegeben habe. Das von ihm initiierte und von der rot-grünen Landesregierung weitgehend unveränderte Kinderbildungsgesetz (KiBiz) sei mit dafür verantwortlich, dass nun die Zielmarke von 145 000 Plätzen zur Erfüllung des entsprechenden Rechtsanspruchs erreicht wurde.

## Die Mischung macht's

**Kreis Gütersloh / Kreis Warendorf (the).** Eine gute Mischung aus Männern, Frauen, jüngeren und älteren Menschen sowie Vertretern der unterschiedlichsten Berufsgruppen – so sieht für den CDU-Landesvorsitzenden Armin Laschet die ideale Zusammensetzung einer Kommunalratsfraktion aus. „Das zeichnet eine Volkspartei aus. Und früher hatten wir diesen Querschnitt der Bevölkerung“, sagte er im „Glocke“-Gespräch. Heute sei es schon schwieriger, das zu erreichen.

Ein Grund ist für den Aachener die Aufhebung der Fünf-Prozent-

Hürde bei Kommunalwahlen 1999. Seitdem seien deutlich mehr Splitterparteien in den Gremien vertreten, von denen jede Redezeit beanspruche, was die Dauer der Rats- und Ausschusssitzungen oft erheblich verlängert habe. Dieser Zeitaufwand sei beispielsweise für Selbstständige oft nicht mehr handelbar.

Derzeit gebe es zwar noch genügend geeignete Bewerber für die entsprechenden Mandate, sagte Laschet. Es sei aber unumgänglich, verstärkt jüngere Menschen für die Mitarbeit in der Partei zu gewinnen.

Straßenverkehr

## Unfallforscher seit 40 Jahren im Einsatz für mehr Sicherheit

**Hannover (dpa).** Wenn es in der Stadt, auf der Landstraße oder auf der Autobahn einen Unfall gibt, sind sie zur Stelle. Die Unfallforscher der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) analysieren seit 40 Jahren in Niedersachsen Verkehrsunfälle im Auftrag der Bundesregierung. Häufig ist das dreiköpfige Team schon zehn Minuten nach dem Alarm in der Polizei-Einsatzzentrale an der Unglücksstelle. Hier fotografieren und vermessen zwei Techniker die Autos, Schäden und Spuren. Ein Mitarbeiter befragt Verletzte. Bis zu 3000 technische und medizinische Daten sammeln die Wissenschaftler pro Crash, allein in der Region Hannover rücken sie rund 1000 Mal im Jahr aus.

„Wir haben für die Sicherheit im Straßenverkehr viele Impulse gegeben“, sagt der Leiter der

MHH-Unfallforschung, Prof. Dietmar Otte. Als Erfolg verbucht der Fahrzeugingenieur und Biomechaniker etwa die Mitentwicklung von Schutzhelm und -kleidung für Motorradfahrer. Was heute Standard ist, brachte in den 1970er- und 1980er-Jahren Helmgegner auf die Barrikaden. „Unser Schutzanzug wurde als Ritterrüstung verhöhnt. Als es dann später um den Radhelm ging, wurden wir in Briefen beschimpft“, erinnert sich Otte. Die Schutzwirkung des Radhelms sei jetzt mit vielen Studien belegt.

Annähernd 30 000 Unfälle mit 56 000 Fahrzeugen und 40 000 Verletzten haben die Unfallforscher in den vergangenen 40 Jahren erfasst. 130 000 einzelne Verletzungen listen sie in der Datenbank des nach Angaben des Bundesamts für Straßenwesen bundesweit einma-

ligen Projekts Gidas (German In-Depth Accident Study) auf. Seit 1999 ist ein zweites Team im Raum Dresden mit dabei, das ebenfalls 1000 Crashes jährlich untersucht. Die Daten werden repräsentativ für Deutschland aufbereitet.

Wie Detektive setzen die Forscher das Puzzle der Unfallspuren zusammen. Ein 3D-Laserscanner gehört zur Ausstattung. Die Zusammenstöße können später am Computer simuliert werden. Das Team versucht, schnell am Unfallort zu sein, um möglichst wenig anhand von Polizeier oder Krankenakten rekonstruieren zu müssen. Notwendig für die Auswertung ist das Einverständnis aller Beteiligten, auch wenn die Daten später anonymisiert werden. Die Ergebnisse fließen in Gesetzeshilfen ein.

**Christina Sticht**



**Jedes Jahr knapp 1000 Verkehrsunfälle** untersuchen Unfallforscher der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH). Sie analysieren dafür sowohl die Schäden an Autos, Motorrädern und Fahrrädern als auch die Verletzungen der Unfallopfer. Bild: dpa

Missbrauch

## Vatikan beruft Botschafter ab

**Rom (dpa).** Der Vatikan hat Medienberichten zufolge seinen Botschafter nach Missbrauchsvorwürfen aus der Dominikanischen Republik abberufen. Papst Franziskus habe den polnischen Erzbischof Josef Wesolowski persönlich von seinen Aufgaben entbunden, berichtete die Zeitung „La Stampa“. Vatikan-Sprecher Federico Lombardi bestätigte gestern die Abberufung. Der Vatikan habe eine Untersuchung zu dem Fall eingeleitet. Wesolowski wird Medienberichten zufolge sexueller Missbrauch von Kindern vorgeworfen.

Beschwerde

## Karlsruhe gibt Mollath Recht

**Karlsruhe (dpa).** Erfolg für Gustl Mollath in Karlsruhe: Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts saß Gustl

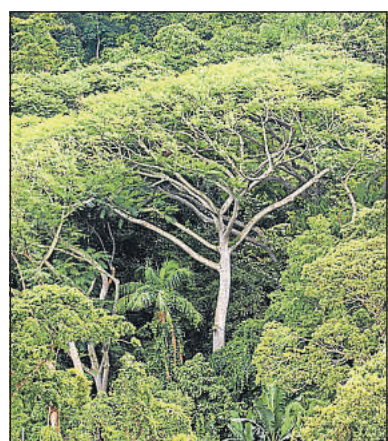


Mollath (56, Bild) in den vergangenen zwei Jahren verfassungswidrig in der Psychiatrie. Das höchste deutsche Gericht gab gestern einer Beschwerde des Nürnbergers statt. Karlsruhe wirft den bayerischen Richtern vor, ihre Entscheidungen nicht gut genug begründet zu haben, sondern sich mit knappen, allgemeinen Wendungen begnügt zu haben: „Die in den Beschlüssen aufgeführten Gründe genügen nicht, um die Anordnung der Unterbringung des Beschwerdeführers zu rechtfertigen.“

### Pressestimme

□ „Staatliche Stütze hat zu einem so dichten Filz zwischen Politikern und Energiekonzernen geführt, dass ihn nicht einmal Fukushima auflösen konnte. Trotz oft miserabler Testergebnisse in Europas Meilern sollen EU-Subventionen weiter auch in Kernkraft fließen. Kein Wunder: Ein Atomausstieg läge nicht im Interesse vieler EU-Staaten. In Frankreich etwa sind die Atomkonzerne teilweise in Staatsbesitz. Das verhindert striktere Kontrollen, ebnet aber Laufzeitverlängerungen von 40 auf 60 Jahre für Altkernkraft den Weg.“ **Kölnischer Stadt-Anzeiger** zu Atompolitik

Wissenschaft



**Die Regenwälder** in Südamerika zählen zu den artenreichsten Regionen der Erde. Bild: dpa

## Artenreiche Regionen schützen

**Washington (dpa).** Gerade die artenreichsten Gegenden der Erde sind nur unzureichend geschützt. Auf einem Sechstel der Landoberfläche leben einer Studie zufolge zwei Drittel aller Pflanzenarten weltweit. Aber nur sechs Prozent dieser wertvollen Regionen stehen unter Schutz, wie Forscher aus England und den USA im Magazin „Science“ beklagen.

Bis zum Jahr 2020 sollen gemäß der Biodiversitäts-Konvention der Vereinten Nationen (Convention on Biological Diversity, CBD) 17 Prozent der Erdoberfläche und

zugleich 60 Prozent der Pflanzenarten weltweit geschützt werden. Beide Ziele sind der Studie zufolge zwar erreichbar, dazu müssten aber bestehende Schutzgebiete ausgeweitet und zusätzliche Regionen geschützt werden.

Die Forscher um Stuart Pimm von der Duke University in Durham (US-Staat North Carolina) sichten eine der weltweit größten Datenbanken zur Artenvielfalt in den Royal Botanic Gardens im englischen Kew. Sie werten Informationen zu 110 000 Pflanzenarten aus und errechneten dann die Regionen, wo besonders

viele Pflanzen vorkommen.

Auf dem entsprechenden Sechstel der Landoberfläche überträgt sich die Biodiversität auch auf die Tierwelt: Denn die an Pflanzenarten reichen Regionen beheimaten 89 Prozent aller Vogelarten, 80 Prozent der Amphibienspezies und 74 Prozent der Säugetierarten. Zu den artenreichsten Regionen gehören unter anderem tropische und subtropische Inseln etwa in der Karibik, feuchte tropische und subtropische Wälder in Mittel- und Südamerika, Afrika und Asien oder Ökosysteme am Mittelmeer.